



Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion

Detlef Kornmüller
Fraktionsvorsitzender

zur Verabschiedung des
Haushaltes 2021

in der Sitzung des Hauptausschusses

am 18. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

bevor ich zum eigentlichen Thema „Haushalt“ komme, möchte ich zunächst meinen Dank all denen aussprechen, die seit über einem Jahr mit dem Thema „Coronapandemie“ beschäftigt sind und waren.

DANKE

...den **Lehrer*innen**, den **Erzieher*innen**, die durch ihren Einsatz gezeigt haben und auch heute noch zeigen, dass sie all ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um im wahrsten Sinne des Wortes den Laden am Laufen zu halten. Sie sorgen sich unermüdlich darum, trotz widrigster Umstände für Schüler*innen und Kindern in Schulen und Kitas Unterricht und Betreuung zu gewährleisten. Es ist und bleibt nach wie vor eine Mammutaufgabe. Immer wieder wurde und wird noch heute plötzlich der Präsenzunterricht zum Distanzunterricht. Die Kitabetreuung zur Notbetreuung.

...den **Eltern** und **Erziehungsberechtigten**. Selbst oft im Homeoffice, müssen sie daneben noch das Homeschooling ihrer Kinder beaufsichtigen. Zu besonderen Herausforderungen kommt es, wenn freitags eine Verordnung der Landesregierung in NRW herausgegeben wird, dass schon am kommenden Montag die Schulen und Kitas geschlossen werden. Was für eine Zumutung! Wahre Stresssituationen für alle Beteiligten!

...den **Kindern** und **Jugendlichen** für ihr Engagement, sich zu organisieren, obwohl sie kaum mit Freundinnen und Freunden spielen und nur mit Hilfe digitaler Medien kommunizieren können. Diese Medien stehen allerdings nicht allen zur Verfügung, da sie oftmals das Geld nicht dafür haben.

...den vielen **ehrenamtlichen Helfer*innen**, die Ältere und Schwache mit Hilfsleistungen unterstützen.

...dem **Kommunalen Ordnungsdienst** der Stadt Wesseling. Oft werden Kolleg*innen des KOD angepöbelt, wenn sie Bürger*innen auf die Einhaltung der Verordnungen hinweisen. Und ja, der KOD kann nicht zum gleichen Zeitpunkt an jedem Ort der Stadt sein.

...den **Ärzten, Ärztinnen** und **Pfleger*innen** in unserem Krankenhaus, den Seniorenheimen und den Pflegediensten. Unermüdlich sind sie für die Patienten da.

...dem **Stab Außergewöhnliche Ereignisse** der Stadt. Der SAE ist rund um die Uhr, auch am Wochenende, für die Bürger*innen da. Immer wieder überlegt er, wie er die Menschen in Wesseling schützen kann. Und ja, manchmal werden Entscheidungen getroffen, die nicht gleich verständlich sind. Sie haben nur ein Ziel, die Pandemie einzudämmen und die Gesundheit zu schützen.

Ich denke an dieser Stelle aber auch an die Verstorbenen und Angehörigen. Wieviel Leid ist durch diese Pandemie entstanden. Ich wünsche den Angehörigen viel Kraft für die kommende Zeit.

Ich hoffe für uns alle, dass die Coronapandemie bald zu Ende ist und wir uns wieder im normalen Leben befinden und vor allem gesund bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich jetzt zum Thema Haushalt des Jahres 2021 kommen.

Gleich zu Beginn möchte ich mich herzlich beim Bürgermeister, den Beigeordneten und der Kämmerin für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen bedanken. In diesen Dank beziehe ich ausdrücklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere in der Kämmerei, ein.

Es war schon eine große Herausforderung, in informellen und digitalen Ausschussgesprächen Diskussionen zu führen und Argumente auszutauschen. Vor allem tut es uns, der SPD-Fraktion, leid, dass die Öffentlichkeit nicht an den Beratungen beteiligt werden konnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Leitbild der SPD-Fraktion für den Haushaltsentwurf 2021 war und bleibt „**Unser Zuhause gestalten**“. Wegen der äußerst angespannten Haushaltslage haben wir die für uns und die Bürger*innen wichtigen Themen analysiert und aufgegriffen. Ein Gewerbesteuerbruch von rund 48 Mio. € ist nicht so leicht zu verkraften.

Wir müssen aber auch den Blick auf den Rhein-Erft-Kreis richten. Für die SPD-Fraktion ist es völlig unerklärlich, dass der Kreis für eine Million Euro Strafzinsen zahlt, statt dieses Geld an die Kommunen weiter zu geben. Ein Beispiel: Der Bund entlastet die Kommunen bei den Zuschüssen zu Mieten, den sog. Kosten der Unterkunft (KdU), im Rhein-Erft-Kreis um rd. 15 Mio. €. Dieses Geld steht eigentlich den Städten im Kreis zu. Stattdessen behält es Landrat Rock und die Mehrheitskoalition aus CDU/Bündnis90Die Grünen/FDP in der Kasse des Kreises! Und auch die Kostenansätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) in diesem Jahr sind überzogen. Die Städte zahlen also aufgrund von Schätzungen des Landrates eine Umlage auf Kosten, die überhaupt nicht in dieser Höhe entstehen. So lässt es sich finanziell als Kreis gut leben.

Dass auch die Schwarz/Grüne Koalition in Wesseling nicht pingelig ist, sich aus Steuermitteln zu bedienen, zeigen zwei Beispiele:

So sollten in einem ersten Antrag die Fraktionszuwendungen nach Vorstellung der Koalition wie folgt aussehen:

Das hätte ab dem 1.6.2021 bedeutet:

CDU	20.708 €	15 Mitglieder	1.380 Euro/Mitglied
SPD	19.833 €	12 Mitglieder	1.653 Euro/Mitglied
Grüne	18.083 €	6 Mitglieder	3.014 Euro/Mitglied
FDP	2.917 €	2 Mitglieder	1.486 Euro/Mitglied
WIR/FW	2.917 €	2 Mitglieder	1.486 Euro/Mitglied
Einzel*	875 €	1 Mitglied	875 Euro/Mitglied

Ab 2022 hätte es bei diesem Ansatz der Koalition bedeutet:

CDU	35.499 €	15 Mitglieder	2.366 Euro/Mitglied
SPD	33.999 €	12 Mitglieder	2.833 Euro/Mitglied
Grüne	31.000 €	6 Mitglieder	5.167 Euro/Mitglied
FDP	5.000 €	2 Mitglieder	2.500 Euro/Mitglied
WIR/FW	5.000 €	2 Mitglieder	2.500 Euro/Mitglied
Einzel*	1.500 €	1 Mitglied	1.500 Euro/Mitglied

Der Bürgermeister hat zurecht den mit der Mehrheit aus CDU und Bündnis90/Die Grünen gefassten Beschluss beanstandet, da die Verteilung der Mittel nicht den Fraktionsgrößen entspricht. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Beanstandung.

Die Beanstandung durch den Bürgermeister hat aber bei der Koalition nicht zu einem Umdenken geführt.

Sie brachte einen neuen Vorschlag ein!

Um das Verhältnis hinzubiegen, wurden einfach die Beträge erhöht!

Anteilig ab 1.6.2021:

CDU	23.041,66 €	15 Mitglieder	1.536,00 Euro/Mitglied
SPD	22.166,66 €	12 Mitglieder	1.847,22 Euro/Mitglied
Grüne	18.083,33 €	6 Mitglieder	3013,89 Euro/Mitglied
FDP	6.416,66 €	2 Mitglieder	3208,33 Euro/Mitglied
WIR	6.416,66 €	2 Mitglieder	5500,00 Euro/Mitglied
Einzel*	875,00 €	1 Mitglied	875,00 Euro/Mitglied

Das bedeutet 76.999,97 €

Hochgerechnet auf das Jahr 2021:

CDU	39.500 €	15 Mitglieder	2633,33 Euro/Mitglied
SPD	38.000 €	12 Mitglieder	3166,66 Euro/Mitglied
Grüne	31.000 €	6 Mitglieder	5166,66 Euro/Mitglied
FDP	11.000 €	2 Mitglieder	5500,00 Euro/Mitglied
WIR	11.000 €	2 Mitglieder	5500,00 Euro/Mitglied
Einzel*	1.500 €	1 Mitglied	1500,00 Euro/Mitglied

Das bedeutet pro Jahr 132.000 €

Der Vorschlag der Verwaltung (Siehe Vorlage: 226/2020)

CDU	34.476 €	15 Mitglieder	2.298,40 Euro/Mitglied
SPD	29.976 €	12 Mitglieder	2.498,00 Euro/Mitglied
Grüne	14.976 €	6 Mitglieder	2.496,00 Euro/Mitglied
FDP	4.992 €	2 Mitglieder	2.496,00 Euro/Mitglied
WIR	4992 €	2 Mitglieder	2.496,00 Euro/Mitglied
Einzel*	1.500 €	1 Mitglied	1500,00 Euro/Mitglied

Das bedeutet pro Jahr 90.912 €

Natürlich steht auch für die SPD-Fraktion fest, dass die Fraktionen für ihre Arbeit die nötigen Finanzmittel bekommen müssen. Die zu erledigenden Aufgaben sind sehr komplex geworden und es bedarf auch personeller Unterstützung. So bezahlt die 12köpfige SPD-Fraktion aus den Fraktionszuwendungen schon seit mehr als 15 Jahren eine Sekretärin.

Der zweite Anlauf der Koalition zum Thema Fraktionszuwendungen führt jedoch zu einer sehr hohen Gesamtbelastung des Haushaltes. Und das bei einem enormen Einbruch der Gewerbesteuern.

Was sollte der generelle Maßstab für die Höhe von Fraktionszuwendungen sein?

Fraktionen sind Teil der Gemeindevertretung. Daher unterliegen auch wir den Grundsätzen des öffentlichen Haushaltsrechts, wirtschaftlich und sparsam zu handeln! Und hier ist es im besonderen öffentlichen Interesse, das die Bürgerinnen und Bürger auf eine rechtmäßige und sparsame Verwendung ihrer Steuergelder vertrauen können.

Das Problem bei den Fraktionszuwendungen sind die sehr hohen und aus unserer Sicht nicht gerechtfertigten Forderungen der Grünen. Die Grünen wollen unbedingt Zuschüsse in Höhe von über 30.000 Euro jährlich. Seit der Kommunalwahl sind die Grünen bei einem Wahlergebnis von 14,7 Prozent mit 6 von 38 Ratsmitgliedern im Stadtrat vertreten. Da bei den Zuwendungen die Größe der Fraktionen entscheidend zu berücksichtigen ist und CDU und SPD mit 15 bzw. 12 Ratsmitgliedern deutlich größer sind, bekommen wir diese Forderung der Grünen in einem schlüssigen System kaum hin. Die bisherigen Zuwendungen von rund 90.000 Euro für alle Fraktionen müssen nun massiv in der Gesamtheit erhöht werden, damit die Grünen mit ihren 6 Ratsmitgliedern 30.000 Euro oder mehr erhalten können.

Diese deutliche Erhöhung zeigt nun auch der neue Vorschlag.

Außerdem haben wir weiterhin erhebliche rechtliche Bedenken. Bei den Fraktionszuwendungen müssen wir ein schlüssiges und in sich stimmiges **abstraktes** Zuwendungssystem beschließen. Ein solches, schlüssiges System sehen wir hier weiterhin nicht. Eine Fraktion mit drei Ratsmitgliedern würde nach den Vorstellungen der Koalition eine Personal- und Sachkostenpauschale von 6.000 Euro jährlich bekommen. Eine vierköpfige Fraktion dagegen 24.000 Euro. Diese Steigerung um 18.000 Euro bei einem zusätzlichen Ratsmitglied ist nicht verständlich und unangemessen. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat in einem ähnlichen Fall bereits das annähernd Dreifache an Zuschüssen für unwirksam erklärt. Hier steigen die Zuwendungen bei der Pauschale sogar um das Vierfache (24.000 Euro statt 6.000 Euro). Daher ist der neue Vorschlag für uns immer noch rechtswidrig.

Wir können absolut nicht nachvollziehen, dass der deutlich größere Koalitionspartner CDU bei diesem Thema tatenlos zusieht und alles mitmacht, was die Grünen fordern. **Im Übrigen: Was könnten wir mit diesen zusätzlichen rund 41.000 Euro alles machen?**

Ein weiteres Beispiel ist die Besetzung eines **dritten Bürgermeisters**. Offensichtlich war das Bestandteil der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und Grünen, um ein Pöstchen für die Grünen zu sichern. Kosten pro Jahr: 5.634 €. In 5 Jahren also rund 28.000 €. Geld, was man in einer so kritischen Haushaltslage sparen könnte.

Die SPD-Fraktion hat sich in den Beratungen immer an den Fragen von Bernhard Hadel, Kämmerer a.D., orientiert „Machen wir die richtigen Dinge? Machen wir die Dinge richtig?“.

Thema: Mein Veedel gestalten!

Nach diesem Motto haben wir es für das Haushaltsjahr 2021 geschafft, dass unsere Veedel verbessert werden. Hierzu einige Beispiele:

Im Rheinpark wird eine Hundenauslaufwiese entstehen. Hundebesitzer können ihre Hunde dort demnächst gefahrlos laufen lassen.

Wege auf dem neuen Friedhof in Keldenich werden befestigt. Vor allem für Menschen mit Beeinträchtigung ist es oft sehr schwierig, mit ihren Rollatoren über aufgeweichte Wege zu gehen.

An der Elsmaar in Keldenich wird es nach noch durchzuführenden Messungen des Kraftverkehrs weitere verkehrsberuhigte Maßnahmen geben. Ein ständiges Ärgernis durch Lärm und Gefahr für Kinder, die den Weg zum Spielplatz nutzen, wird durch geeignete Maßnahmen verbessert.

Thema: Familie!

Wesseling wird zunehmend kinderfreundlicher! Auf unsere Initiative wird es einen **Kinderstadtplan** geben. Der Kinderstadtplan wird Kindern dazu dienen, unsere Stadt zu erkunden. Sie werden befähigt, sich anhand eines Planes in ihrer Stadt zu orientieren. Der Plan macht auf Risiken im Straßenverkehr aufmerksam und schult so die Verkehrssicherheit von Kindern. Außerdem ermöglicht der Kinderstadtplan, neue Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Stadtgebiet zu entdecken und informiert Kinder und Jugendliche über Ansprechpartner*innen im Jugendamt und der Familien- und Erziehungsberatungsstelle. In diesem Sinne ist der Plan sowohl in der Kinder- und Jugendarbeit als auch im Schulunterricht einsetzbar.

Es ist für die SPD nicht nachvollziehbar, warum die Mehrheit im Rat unseren Antrag zur Erweiterung des **Familienpasses** nicht unterstützt hat! Für die SPD ist jedes Kind von Familien oder Alleinerziehenden wichtig. Deswegen haben wir beantragt, den Familienpass mit seinen Leistungen schon ab dem ersten Kind auszugeben. Es erweckt den Eindruck, dass die Koalition Familien erst ab dem zweiten Kind als eine Familie anerkennt. Für uns ist das eine erschreckende Erkenntnis, vor allem bei einer Partei, die das C im Namen trägt.

Dass es einen großen Bedarf an **Hebammen** gibt, ist auch in unserer Stadt hinlänglich bekannt. Nun gibt es endlich für Wesseling eine solche Stelle. Wir sind froh, dass es eine breite Mehrheit für unseren Antrag gegeben hat. Werdende Mütter können zukünftig auf ein solches Angebot zurückgreifen. Natürlich muss die Stelle auch zunächst besetzt werden.

Nicht zu fassen für die SPD ist die Ablehnung der Koalition des enorm wichtigen Themas: „**Frauen in Not**“. Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Wesseling (ASF) haben wir den Antrag auf Einrichtung einer Kooperation mit einer Frauenberatungsstelle in Wesseling eingebracht. Dieser wurde ohne stichhaltige Begründung abgelehnt.

Bekanntermaßen gibt es viele Themen, bei denen sich Frauen immer öfter Hilfe und Unterstützung suchen. Eine solche Beratung sollte wöchentlich in städtischen Räumlichkeiten angeboten werden. Ob Trennung, Scheidung, Lebenskrise, Essstörung, Depression, Stalking, Probleme am Arbeitsplatz oder oder..... Frauenberatung kümmert sich um mehr als Gewalt- oder Schwangerschaftsberatung. Ziel der Kooperation sollte die umfassende Beratung der Frauen in allen Lebensbereichen sein. So gab sogar der Sprecher der CDU zu Protokoll: ‚Vor allen Dingen jetzt in Zeiten der Pandemie seien die Probleme vorhanden und nicht kleiner geworden‘: Dennoch verhinderte die Mehrheit mit ihrer Ablehnung eine ortsansässige Hilfe für Frauen in Not. Die Ablehnung des Kompromissvorschlages, die geforderte Summe von 20.000 Euro (pro Jahr) mit einem Sperrvermerk zu versehen, spricht aus unserer Sicht Bände. Dieser hätte nämlich die Möglichkeit eröffnet, nach Vorlage der „tatsächlichen Fallzahlen“ (wie von der CDU angefragt) die Verwaltung noch im laufenden Jahr mit der Einrichtung der Kooperation zu beauftragen.

Thema: Kultur!

In diesem Jahr wird es eine **Wessinale** als eigenständige Veranstaltung in Wesseling geben. In den letzten Jahren hat sich in Wesseling eine vielfältige und aktive Künstlerszene etabliert. Dies zeigen auch beispielsweise die zahlreichen Veranstaltungen des Wesselinger Kunstvereins. Die regelmäßige Verleihung des Kulturpreises unterstreicht ebenfalls die wachsende Bedeutung, die Kultur inzwischen in unserer Stadt eingenommen hat. Wir freuen uns, dass Kulturschaffende jetzt ihre eigene Veranstaltung bekommen.

Um Kultur auch für Menschen mit geringem Einkommen (Jobcenter, Grundsicherung, aufstockende Hilfen, kleine Rente oder andere staatliche Transferleistungen) zu ermöglichen, wird auf unsere Initiative eine **Kulturtafel** geschaffen. Nicht genutzte und schon bezahlte Eintrittskarten werden an Interessent*innen vermittelt. Somit wird Kultur auch für Menschen erfahrbar und genießbar, die nicht mitten in der Gesellschaft stehen.

Thema: Junges Wesseling

Die Jugend ist die Zukunft. Wir stehen für eine Politik, die junge Menschen im Blick hat. Wir wollten, dass jede*r Jugendliche in Wesseling die gleichen Chancen auf die beste Bildung bekommt. In diesem Sinne wollten wir auch ein **Startpaket** für Wesselinger Erstklässler*innen. Der Schulstart ist für Familien mit hohen Kosten verbunden. Neben großen Anschaffungen wie z.B. ein Schulranzen sind diverse kleinere Sachen zu kaufen, die sich in der Summe zu erheblichen Kosten addieren können. Durch das Startpaket sollten die Familien spürbar entlastet werden. Zudem würde so sichergestellt, dass alle Schülerinnen und Schüler alle für den Schulstart notwendigen Materialien haben. Dabei hätte dann jedes Kind über die gleiche Ausstattung verfügt, was zu gleichen Startbedingungen ins Schulleben führt. Leider hat das die Mehrheit abgelehnt. Angeblich, so die Koalition, würden dafür Landesmittel zur Verfügung gestellt. Konkrete Hinweise für dieses Vorhaben gab die Koalition nicht.

Die Neustrukturierung des Schulzentrums wird uns in den nächsten Jahren weiterhin sehr beschäftigen.

Den Abriss des Gymnasialgebäudes tragen wir mit. Die gemessenen PCB-Werte sind viel zu hoch und überschreiten die Grenzwerte deutlich.

Für uns bleibt es beim Zeitplan zur Errichtung der Gesamtschule. Trotz der baulichen Herausforderungen müssen wir unsere Schullandschaft weiterentwickeln und den Prozess konkret weitergestalten. Wir haben hier keine Zeit zu verlieren. Unsere Nachbarstädte schlafen bei der Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Schullandschaft nicht. Nein, im Gegenteil, die Städte sind hier sehr aktiv. Die Wesselingener Eltern und Kinder erwarten von uns zurecht Planbarkeit und Verlässlichkeit, indem wir die getroffenen Beschlüsse umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

überrascht und empört sind wir als SPD-Fraktion von dem Ansinnen der Koalition, eine*n dritten Beigeordnete*n einzustellen und eine weitere Stelle eine*s Co-Dezernent*in zu schaffen. Wir brauchen in Wesseling keine weiteren Führungskräfte. Wenn, brauchen wir mehr Sachbearbeiter*innen, um die geforderten Aufgaben zu erledigen. Mehr als 200.000€ / Jahr werden diese Stellen kosten. Das ist für uns völlig unverständlich. Oder sollen hierdurch Parteimitglieder von CDU oder Bündnis 90/Die Grünen versorgt werden? Diese Stellen lehnt die SPD-Fraktion ganz klar ab!

Fazit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die SPD-Fraktion hat sehr intensiv das Zahlenwerk des Haushaltsentwurfes beraten. Für uns galten wie vorab geschildert die Fragen: „Machen wir die richtigen Dinge? Machen wir die Dinge richtig?“.

An der einen oder anderen Stelle hätten wir mehr erwartet. Leider wurden wichtige Dinge wie die finanzielle Aufstockung des Familienpasses ab dem 1. Kind, das Thema „Frauen in Not“ und das Startpaket von der Koalition abgelehnt. Andererseits gibt es für die Bürger*innen Verbesserungen.

Aus diesen Gründen stimmen wir dem Haushalt zu!

Der Stellenplan war für die SPD-Fraktion bei den Beratungen ebenfalls von zentraler Bedeutung. Die Kolleginnen und Kollegen sollen die von uns geforderten Aufgaben erfüllen. Dazu sind wichtige Stellenbesetzungen notwendig.

Wir lehnen die zusätzlichen Stellen einer oder eines Beigeordneten sowie einer*s weiteren Co-Dezernent*in ab!

Die SPD-Fraktion stimmt dem Stellenplan zu!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich in meiner Stellungnahme zum Haushalt 2021 noch auf Themen kommen, die darüber hinaus erwähnenswert sind.

In einem gemeinsamen Antrag von SPD, FDP, WIR und Sascha Jügel haben wir vorgeschlagen, Ausschuss- und Ratssitzungen live zu übertragen (zu streamen). Dazu sollten zunächst technische Voraussetzungen und finanzielle Folgen von der Verwaltung vorgelegt werden. Die Koalition hat das mit einer Vielzahl von Begründungen abgelehnt, die nicht nur die SPD in großes Erstaunen versetzt haben. Es war zu hören: „Wir müssen die Persönlichkeitsrechte unserer Fraktionsmitglieder schützen, weil diese nicht gezwungen werden dürfen, öffentlich zu sprechen.“ Oder: „Ehrenamtler seien nicht ausreichend rhetorisch gebildet, um Reden in der „Öffentlichkeit“ zu halten“ (singgemäß). Ein Mitglied der CDU bezeichnete die Bürgerinnen und Bürger gar als zu bequem. Sie hätten eine Holschuld, die ihnen durch die Liveübertragung nicht erlassen werden sollte. Auch die Argumente, dass in Zeiten von Corona und der Politikverdrossenheit mit sinkender Wahlbeteiligung moderne, digitale Wege zu den Menschen gefunden werden müssten, ließ

die Mehrheitskoalition nicht gelten. Wir bleiben aber an dem Thema dran. Eventuell gibt es ja noch ein Umdenken.

Zum Schluss meiner Stellungnahme wünsche ich mir bei der weiteren politischen Arbeit im Rat, dass es nicht weiter nach dem Motto geht „Wir haben die Mehrheit und basta!“ In unserer Stadt, also in der Kommunalpolitik, muss es möglich sein, auch bei unterschiedlichen Ansichten nie zu vergessen, dass wir zuerst für die Bürger*innen da sind.

In diesem Sinne Glück auf!

Detlef Kornmüller
Fraktionsvorsitzender